

Schweizerische Vereinigung Eltern *gegen* Drogen

Postfach 8302
3001 Bern

eltern_g_drogen@bluewin.ch
www.elterngegendrogen.ch

Petition zuhanden des Bundesrates: Gegen eine Legalisierung von Drogen! Für eine abstinenzorientierte Drogenpolitik!

Wir fordern:

- **keine Verharmlosung des verbotenen Betäubungsmittels Cannabis und dessen Anbau, Konsum und Handel.** Staatlich finanzierte Drogenberatungsstellen müssen verpflichtet werden, auf die Gefahren des Kiffens hinzuweisen wie: Beeinträchtigungen des Kurzzeitgedächtnisses, der Konzentrations- und Reaktionsfähigkeit, das Auslösen von Depressionen, Psychosen und Schizophrenien und Kontrollverluste, die oft zu Aggressionen und Gewalttaten führen.
- **eine Förderung von Rehabilitationsstätten und Therapieplätzen, in welchen die Sucht kranken Menschen auf das Ziel der Abstinenz hin beraten und behandelt werden.** Bei der staatlich finanzierten Abgabe der Betäubungsmittel Methadon und Heroin muss, wie den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern versprochen, ebenfalls das Ziel der Abstinenz anvisiert werden.
- **dass alle Suchthilfeangebote regelmässige auf ihre Kosten, ihre Wirksamkeit und ihre Nachhaltigkeit hin überprüft werden.**
- **dass die Politik die Gesetze im Drogenbereich nicht durch Verordnungen verwässert oder umgeht.** Die internationalen Abkommen über verbotene Betäubungsmittel und psychotrope Stoffe, die von der Schweiz unterzeichnet wurden, müssen eingehalten werden.
- **dass die vom Bundesrat eingesetzte „Suchtexpertenkommission“ , die sich gegen den Volkswillen für die Legalisierung aller illegaler Drogen einsetzt, aufgelöst und neu besetzt werden muss.**

Name	Vorname	Strasse	PLZ/Ort	Unterschrift

*Senden Sie bitte die ausgefüllten Unterschriftenbogen an:
Schweizerische Vereinigung Eltern gegen Drogen, Postfach 8302, 3001 Bern.*



Internationaler UNO-Tag gegen Drogenmissbrauch und illegalen Drogenhandel vom 26. Juni 2012

Heute, am 26. Juni 2012, findet der Internationale UNO-Tag gegen den Drogenmissbrauch und Drogenhandel statt. Die Schweizerische Vereinigung Eltern gegen Drogen teilt die Meinung der UNO-Drogenkontrollbehörde (INCB), dass der Drogenkonsum vor allem für die Industriestaaten eine der grössten Gefahren für unsere Jugend darstellt und lanciert darum diese Petition. Die tragischen Folgen der Verharmlosung des Drogenkonsums, vor allem des Kiffens, sind Schul- und Lehrabbrüche und damit Jugendarbeitslosigkeit und Abhängigkeit vom Sozialamt. Jährlich haben wir in der Schweiz auch ungefähr 200 Drogentote zu beklagen. Verantwortlich dafür ist primär die Laissez-faire-Politik, welche Eltern und Kindern beizubringen versucht, dass wir nur lernen müssten, mit Suchtmitteln umzugehen, dann hätten wir keine Probleme damit. Dies wird ungeachtet der wissenschaftlichen Erkenntnisse über die Gefährlichkeit der einzelnen Suchtmittel verbreitet.

Willensbezeugungen durch das Schweizer Volk gegen eine Legalisierung von Drogen:

- Am 29. November 1998 verwarf der Souverän mit 74% der Stimmen die Droleg-Initiative. Diese hatte zum Ziel, den Konsum von Betäubungsmitteln sowie deren Anbau, Besitz und Erwerb für den Eigenbedarf für straffrei zu erklären.
- Am 30. November 2008 lehnten Volk und Stände die Cannabis-Legalisierungs-Initiative mit 63,3% Neinstimmen ab.
- Gleichzeitig sagten 68% der Bevölkerung „Ja“ zum revidierten Betäubungsmittelgesetz. Dieses verlangt in Artikel 1a, dass zum Schutz der Bevölkerung vor gesundheitlichen Schäden dem unbefugten Konsum von Betäubungsmitteln und psychotropen Stoffen vorzubeugen sei, namentlich durch Förderung der Abstinenz.
- Des Weiteren hat die Schweiz das UN-Einheits-Übereinkommen von 1961 über die Betäubungsmittel unterzeichnet. Damit anerkennt der Staat Schweiz bereits in der Präambel, dass die Betäubungsmittelsucht eine wirtschaftliche und soziale Gefahr für die Menschheit darstellt. Die Schweiz verpflichtet sich damit, dieses Übel zu verhüten und zu bekämpfen.